



03/2008

Zwischenruf

Aus dem Bundestag. Von Dietmar Bartsch, DIE LINKE

Bürger- und Wahlkreisbüros

Lange Straße 21
18507 Grimmen
Tel. 038326 469192
Fax 038326 469193

Martinstraße 1/1 a
19053 Schwerin
Tel. 0385 7587454
Fax 0385 7603819

Erste Wasserstraße 6
19288 Ludwigslust
Tel. 03874 22038
Fax 03874 22038

Lange Straße 106
19230 Hagenow
Tel. 03883 723107
Fax 03883 723107

Büro MdB Dr. Dietmar Bartsch
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 22772490
Fax 030 22776490

Fragen an Dietmar Bartsch
auch unter
www.abgeordnetenwatch.de

Liebe Rügannerinnen, liebe Rüganner, liebe Sassnitzerinnen, liebe Sassnitzer

Gehen Sie bitte
am 22. Juni 2008
zur Wahl und
bestätigen Sie mit
Ihrer Entscheidung
unsere Kandidaten
im Amt!



Kerstin Kassner
Landrätin von Rügen



Dieter Holtz
Bürgermeister von Sassnitz

Als Vorpommer, geboren in Stralsund, sehe ich mit großer Erwartung den Wahlen entgegen. Mit Kerstin Kassner und Dieter Holtz stellen sich an diesem Tag zwei unserer erfahrensten Kommunalpolitiker erneut Ihrer Wahl.

Seit 2001 ist **Kerstin Kassner** erfolgreich für Rügen, die größte Insel Deutschlands. Die Entwicklung des Tourismus, die neue Brücke und der Beginn der Umsetzung eines Zukunftskonzeptes für Prora stehen dafür exemplarisch. Dass DIE LINKE für eine Insel gut ist, hat sich inzwischen auch bis nach Helgoland herumgesprochen, wo wir bei den jüngsten Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein das beste Ergebnis erzielt haben und zwei von 17 Mandaten erreichen konnten.

Dieter Holtz, der nun schon seit 1994 Bürgermeister in Sassnitz ist, kenne ich seit Anbeginn seiner Bürgermeistertätigkeit. Zu seiner Bilanz zählt, dass es gelungen ist, in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in diese Stadt zu bringen und sie vor allem so einzusetzen, dass Interessen der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung ihrer Stadt umfassend berücksichtigt wurden.

DIE LINKE ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die sich für die Interessen der Menschen in den neuen Bundesländern konsequent einsetzt und die in kommunaler Verantwortung stehend sich darum bemüht, Handlungsspielräume bei der Umsetzung bundespolitischer Rahmenbedingungen vor allem im Interesse der sozial Schwachen zu nutzen. Das haben unsere Landrätin, Kerstin Kassner, und der Bürgermeister von Sassnitz, Dieter Holtz, in ihrer Amtsführung bewiesen.

Ich rufe alle Mitglieder und SympathisantInnen unserer Partei auf, bis zum Wahltag für unsere beiden Kandidaten zu werben.

**Mandatsträgerinnen
und Mandatsträger
der Partei DIE LINKE**

7 Europaabgeordnete

53 Bundestagsabgeordnete

186 Landtagsabgeordnete,
davon 33 in alten BL

5.548 Abgeordnete in Städten,
Gemeinden und Kreisen,
davon 489 in alten BL

38 hauptamtliche
BürgermeisterInnen

156 ehrenamtliche
BürgermeisterInnen

27 hauptamtliche
Wahlbeamte

4 LandrätInnen,
davon 3 in MVP

DIE LINKE ist die Erfolgsgeschichte der bundespolitischen Parteienlandschaft überhaupt. Wir wollen dieses Land sozial gerecht, demokratisch und friedlich machen. Viele unserer parlamentarischen Initiativen im Deutschen Bundestag sind in enger Zusammenarbeit mit unseren Mandatsträgern entstanden.

Auszüge aus der Zusammenstellung der 100 wichtigsten Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

- Der Einkommenssteuertarif wird gerecht gestaltet, Steuerentlastungen für geringe und mittlere Einkommen und kleine und mittlere Betriebe werden durchgesetzt.
- Der Spitzensteuersatz steigt wieder auf mindestens 50 Prozent und setzt erst bei höheren Einkommen ein.
- Die Pendlerpauschale gilt ab dem ersten Kilometer.
- Die Eigenheimzulage wird wieder eingeführt.
- Der Regelsatz für Hartz IV wird auf monatlich 435 Euro festgesetzt.
- Das Schonvermögen wird deutlich angehoben.
- Die Zumutbarkeitskriterien werden abgeschafft.
- Die Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes werden neu geregelt.
- Der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr wird gefördert, Sozialtickets werden eingeführt.
- Der Benzinpreisanstieg wird sozial abgefedert.
- Die Bahn bleibt im öffentlichen Eigentum.
- Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, in Bund, Ländern und Kommunen über politische Richtungsentscheidungen mit zu entscheiden.
- Der Rechtsextremismus wird bekämpft, die Beratungsstellen erhalten mehr Geld.
- Abgeordnetenbestechung wird wie in anderen Ländern bestraft.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,44 Euro wie in Frankreich wird durchgesetzt.
- Ein-Euro-Jobs werden in öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt.
- Eine Managerhaftung wird eingeführt.
- Die gesetzliche Rente wird zu einer Erwerbstätigenrente ausgebaut.
- Die Dämpfungsfaktoren in der Rente werden zurückgenommen und die bewährte Rentenformel in Kraft gesetzt.
- Die Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente wird wieder eingeführt.
- Die Rente mit 67 wird zurückgenommen.
- Die Zwangsverrentung von älteren Menschen, die Hartz IV bekommen, wird beendet.
- Die Ostrenten werden auf das Niveau der Westrenten angehoben.
- Die Leiharbeit wird eingeschränkt und so geregelt, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden muss.
- Die Praxisgebühr wird zurückgenommen.
- Eine bedarfsorientierte, armutsfeste Kindersicherung wird gesetzlich garantiert.
- Kinder erhalten mindestens das Existenzminimum von monatlich 420 Euro.
- Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen werden gestoppt.
- Das Studium ist gebührenfrei.
- Klein- und Kleinbetriebe mit bis zu 30.000 Euro Gewerbeertrag werden von den IHK-Beiträgen befreit.
- Die Strom- und Gasnetze werden in die öffentliche Hand übernommen, Strompreise werden staatlich reguliert.
- Die Energieversorgung wird wieder rekommunalisiert.
- Heizkosten-Zuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte werden ermöglicht.

Weitere Informationen unter
[http://die-linke.de/politik/
kommunal/](http://die-linke.de/politik/kommunal/)

www.dietmar-bartsch.de

dietmar.bartsch@bundestag.de · dietmar.bartsch@wk.bundestag.de